Nicole Renvert

Begegnung mit Kroatien

Vertrauensbildung und Normalisierung nach einem Konflikt aus der Sicht einer OSZE-Beobachterin¹

Auf den ersten Blick öffnet sich dem Besucher Kroatiens das Bild eines Landes, das in seiner Hauptstadt Zagreb den Vorstellungen von einer jungen Demokratie mit einer lebendigen Metropole entspricht. Auffällig modisch gekleidete junge Menschen beherrschen das Straßenbild, Kneipen und Bars reihen sich an Designerläden, und auf den Straßen werden neben frischem Obst und Gemüse auch Schokolade, Zigaretten und Kaffee aus Deutschland und Österreich verkauft. Die historischen Gebäude sind sorgsam renoviert, einige verwitterte Häuserfronten lassen noch den vergangenen Glanz der einstigen Habsburger Monarchie erahnen. Kroatische Flaggen prägen das Stadtbild.

Namen wie Vukovar und Ilok erinnern zwar an die Geschehnisse von 1991, an den Krieg, der hier getobt hat und ein in vieler Hinsicht fragmentiertes Land hinterließ. Aber Ostslawonien scheint weit weg, in eine andere Zeit und in ein anderes Land zu gehören, und nur wenige Besucher nehmen die vierstündige Fahrt nach Vukovar auf sich.² Doch die Konfrontation mit Kroatiens jüngster Vergangenheit und die Auseinandersetzung mit diesem Kapitel seiner Geschichte müssen gar nicht so weit entfernt gesucht werden: Nur wenige Kilometer östlich von Zagreb beginnt die Region Westslawonien, in der der Krieg ebenfalls unübersehbare Spuren hinterlassen hat und die ein wichtiges Symbol für den schwierigen Prozeß der Normalisierung in

Die Autorin arbeitet

Die Autorin arbeitete ab Dezember 1997 in Westslawonien als Beobachterin und *Political Analyst* der OSZE-Mission in Kroatien zunächst in den Feldbüros Lipik/Pakrac, Nova Gradiska und im Koordinierungszentrum Daruvar. Im Juli 1998 wurde sie ins Hauptquartier der Mission nach Zagreb berufen, um an der Vorbereitung einer Konferenz zum Thema "Wiederaufbau und Entwicklung" mitzuarbeiten. Seit Januar 19 99 ist sie als *Political Officer* in der politisch-wirtschaftlichen Abteilung im Hauptquartier der Mission tätig. Der vorliegende Beitrag stützt sich in erster Linie auf die Erfahrungen der Autorin in Westslawonien, da die Begegnung mit den Problemen in dieser Region ihre Tätigkeit als Mitglied der OSZE-Mission entscheidend geprägt hat. Der Beitrag gibt die persönlichen Erfahrungen und die Sichtweise der Autorin wieder und nicht die offizielle Position der OSZE-Mission in Kroatien.

Für einen ausführlichen Bericht über die Situation von 1991 bis 1997, die Rolle der Vereinten Nationen und die Hintergründe des Mandats der OSZE siehe: Joachim Eicher, Die OSZE-Mission in Kroatien, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1997, Baden-Baden 1997, S. 193-200, sowie Elena Drozdik, Das schwierige Geschäft mit der Wahrnehmung - OSZE-Beobachter in Kroatien, in: Institut für Fri edensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg/IFSH (Hrsg.), OSZE-Jahrbuch 1998, Baden-Baden 1998, S. 215-222.

diesem Land ist. Westslawonien fand selten Beachtung in den Medien, doch auch hier hat der Krieg offene Wunden hinterlassen.

Das schwere Erbe der Vergangenheit

Nähert man sich den Ortschaften Pakrac und Lipik, fährt man am "Turistički Biro Lipik" vorbei. Die scheibenlosen Fenster des völlig ausgebrannten, teilweise zerstörten Gebäudes scheinen den Besucher anzustarren. "Willkommen in Lipik" steht auf einem Schild, und es gibt ganze Straßenzüge, in denen kaum ein Haus ein Dach hat und alle Fassaden von Kugeln zerschossen sind. Die Glaskuppel des ehemaligen Kur- und Badehauses liegt zersplittert da. Efeu rankt durch die scheibenlosen Fenster und Türen. Ein hellrosa getünchtes Haus stellt einen Gegensatz zu all dieser Trostlosigkeit dar: das Waisenhaus in Lipik, finanziert von privaten Spendengeldern. Gegenüber, direkt an der Hauptstraße, die in das ebenfalls völlig zerschossene Pakrac führt, weht eine blau-weiße Fahne an einem nicht verputzten Haus: ein Feldbüro der OSZE, vor dem ein OSZE-Jeep parkt.

Das OSZE-Mandat und die Mission

Die OSZE-Mission in Kroatien geht zurück auf einen Beschluß des Ständigen Rates der OSZE vom 18. April 1996 und nahm ihre Arbeit Mitte Juli 1996 auf. Das Mandat wurde bisher dreimal, zuletzt am 19. November 1998 noch einmal bis zum 31. Dezember 1999, verlängert. Die Mission hat die Aufgabe, den Schutz von Minderheiten und der allgemeinen Menschenrechte zu gewährleisten, die Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen zu unterstützen und zur Einhaltung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung beizutragen. Das Mandat wurde am 26. Juni 1997 durch Beschluß des Ständigen Rates noch erweitert. Die Mission ist

[&]quot;Die Mission wird den kroatischen Behörden auf allen Ebenen sowie interessierten Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen im Bereich des Schutzes der Menschenrechte und der Rechte von Angehörigen nationaler Minderheiten Hilfestellung leisten und ihnen ihr Fachwissen zur Verfügung stellen. In diesem Zusammenhang wird die Mission im Interesse der Förderung der Aussöhnung, der Rechtsstaatlichkeit und der Einhaltung der höchsten international anerkannten Standards die volle Durchsetzung der Rechtsvorschriften mit Rat und Tat unterstützen und die ordnungsgemäße Funktion und die Entwicklung demokratischer Institutionen, Prozesse und Mechanismen überwachen." OSZE, Ständiger Rat, PC-Journal Nr. 65, Punkt 1 der Ta gesordnung, Beschluß Nr. 112, PC.DEC/112, 18. April 1996.

Beschluß Nr. 176 des Ständigen Rates vom 26. Juni 1997 ermächtigt die Mission, "bei der Umsetzung kroatischer Gesetze und Vereinbarungen sowie der von der kroatischen Regierung eingegangenen Verpflichtungen in folgenden Bereichen behilflich zu sein und diese zu überwachen: Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen in beide Richtungen und Schutz ihrer Rechte sowie Schutz aller Angehörigen nationaler Minderheiten; konkrete

beauftragt, Hilfestellungs-, Überwachungs- und Beobachtungsfunktionen wahrzunehmen sowie spezifische Empfehlungen an die kroatischen Behörden auszuarbeiten. Nicht vorgesehen sind jedoch direkte, mit denjenigen der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina vergleichbare Interventionskompetenzen und Zwangsmechanismen.

Aufgaben und Herausforderungen

Vor dem Hintergrund dieses Mandats ergeben sich für die Mission und die Beobachter verschiedene Prioritäten. Zunächst einmal muß die Vernetzung der verschiedenen Büros untereinander sowie der Koordinierungszentren und Feldbüros mit den lokalen Behörden in Kroatien gewährleistet sein. Weiterhin gilt es, die Beobachtung und Überwachung des Justizwesens und der Polizei, von Rechtsstaatlichkeit und der Einhaltung der Menschenrechte zu übernehmen, die Reintegration von Flüchtlingen und Vertriebenen zu unterstützen sowie Demokratisierung und eine Liberalisierung der Medien zu bewirken.

Struktur der Mission

Neben ihrem Hauptsitz verfügt die OSZE-Mission in Kroatien über inzwischen drei Koordinierungszentren in Knin, Sisak und Vukovar sowie über 17 Außenstellen, sogenannte Feldbüros. Insgesamt ist die Zahl von 140 internationalen Missionsmitgliedern im Jahre 1997 auf annähernd 250 angestiegen. Darunter befinden sich auch 108 Polizeibeobachter, die seit Oktober 1998 für die Mission tätig sind. Die internationalen Polizeibeamten, die für die Dauer ihrer Verwendung als OSZE-Missionsmitglieder von ihrem Dienst in ihrem Heimatland freigestellt sind, begleiten die kroatischen Polizeibeamten auf ihren Streifengängen und bei anfallenden schriftlichen Arbeiten auf der Dienststelle. Hier beraten die internationalen Polizeibeamten nicht nur, sondern verweisen auch auf international anerkannte Rechtsnormen und erläutern sie, wenn kroatische Beamte gegen diese Normen verstoßen. Sollten sich die jeweiligen Polizeiführer zu keiner Änderung einer solchermaßen beanstandeten Vorgehensweise entschließen, wird von der vorgesetzten Seite der OSZE-Dienststelle auf Anregung der Polizeibeobachter auf politischer Ebene interveniert.5

Empfehlungen an die kroatischen Behörden zu richten und gegebenenfalls dringliche Fragen an den Ständigen Rat zu verweisen (...)", OSZE, Ständiger Rat, PC-Journal Nr. 121, Punkt 1 der Tagesordnung, Beschluß Nr. 176, PC.DEC/176, 26. Juni 1997.

⁵ Zur OSZE-Polizeibeobachtungsarbeit siehe Gerald Hesztera, Die Zukunft der Civilian Police im Rahmen der OSZE, in: OSZE -Jahrbuch 1998, a.a.O. (Anm. 2), S. 265-271. Die Polizeibeobachtungsgruppe der OSZE-Mission in Kroatien verfaßt einen monatlichen Bericht an die OSZE in Wien (Police Monitoring Group Report).

Die OSZE-Mission in Kroatien ist auf Kooperation und Partnerschaft mit dem Gastland angelegt. Die Aktionsmöglichkeiten sind dadurch begrenzt. Mit diesen Beschränkungen ist die OSZE-Mission auf allen Ebenen konfrontiert. Sie gelten für den Beobachter in einem Feldbüro ebenso wie für den Leiter eines Koordinierungzentrums und den Missionsleiter. In dieser Struktur liegt jedoch auch eine besondere Chance, da die nachhaltigen Einwirkungen einer von Protektoratszwängen freien Mission langfristig eher ein Umdenken im Sinne eines kooperativen und kollektiven Sicherheitskonzeptes bewirken könnten. Sichtbare Fortschritte lassen sich jedoch nur langsam erzielen und sind oftmals nur schwer zu erfassen, da Normalisierung, Demokratisierung und Reintegration Langzeitprozesse sind.

Zwischen Hoffnung und Resignation: die Aufgaben der Beobachter

Die Realität in Kroatien zwingt den Besucher dieses Landes in eine ständige Balance zwischen Hoffnung und Resignation - eine Balance, die schwierig zu halten ist, wenn man nicht in erster Linie Gast im Lande ist, sondern kritischer Beobachter einer internationalen Organisation mit politischem Mandat.

Nach einer allgemein gehaltenen Einführung in die Missionsarbeit und die Aufgaben der OSZE in Kroatien in Bonn und Wien werden die Beobachter zunächst zu einer kurzen Orientierung in das Hauptquartier der Mission nach Zagreb geschickt. Bei der Einführung in Wien gilt die besondere Aufmerksamkeit den Sicherheitsmaßnahmen, u.a. weil sich noch zahlreiche Waffen in privatem Besitz befinden und die Situation in vielen Orten angespannt sein kann. Die Minensituation und die damit verbundenen Gefahren sind Schwerpunkte der Unterweisung in Zagreb. Entlang der ehemaligen Konfrontationslinie liegen noch zahllose Minen, die auch auf keinem der Pläne des United Nations Mine Action Center (UNMAC) verzeichnet sind.⁶

Die Beobachter werden anschließend in eines der drei Koordinierungszentren geschickt, wo sie mit den anderen internationalen und kroatischen Missionsmitgliedern zusammentreffen und einen Überblick über die konkreten Probleme in ihrem zukünftigen Einsatzgebiet erhalten.

Schon auf der Fahrt in die Koordinierungszentren verändert sich das Bild Kroatiens stetig und entfernt sich immer mehr von demjenigen des auf den ersten Blick modernen, entwickelten und lebendigen Zagreb. Hier auf dem Land scheint die Zeit stehengeblieben zu sein. Männer und Frauen ziehen den Pflug von Hand oder bieten ihre Produkte am Straßenrand an. Die Begegnung mit den

_

Vgl. United Nations Mine Action Center (UNMAC), Report des R egionalzentrums in Westslawonien, internes Dokument zur Information einer Deleg ation der Europäischen Gemeinschaft am 24. Februar 1998. Es werden noch etwa über 1.000 Minenfelder in der Region vermutet. Diese Minen bilden eines der größten Hindernisse für die Rückkehrer und für eine dauerhafte und sichere Besiedlung Kroatiens.

Ortschaften, die tatsächlich die Spuren des Krieges nur zu deutlich tragen, läßt sicherlich keinen Beobachter unberührt. Die zerschossenen Häuser, die vielen verlassenen Ortschaften - die Trostlosigkeit dieses Anblicks paßt so gar nicht in die Natur, die, unbeeindruckt von den politischen Geschehnissen, ringsum weiterwuchert. Aus vielen Dächern der zerstörten Gebäude wachsen Büsche und Bäume, und manchmal steigt Rauch aus einem der Kamine, wenn einzelne Familien in diese Gegend zurückgekehrt sind und unter ärmlichen Bedingungen ihr Dasein fristen. Hilflosigkeit empfindet man angesichts dieser Situation, eine Spur Enthusiasmus auch, daß man hier ist, um zur Veränderung der Situation beizutragen. Doch die Möglichkeiten für einen Beobachter, tatsächlich Veränderungen zu bewirken, sind beschränkt - trotz oder vielleicht auch auf Grund der Vielfältigkeit der Aufgabenstellung.

Realität und Anspruch

Mit den lokalen Behörden finden regelmäßige Zusammenkünfte statt. Die Beobachter treffen sich mit Präfekten, Bürgermeistern, lokalen Behörden sowie mit
den Vertretern anderer internationaler Organisationen. Auf diesen Treffen
werden Entwicklungen und Probleme der Region besprochen, vor allem im
Hinblick auf die Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen, ihre soziale,
politische und wirtschaftliche Integration und die damit verbundenen Schwierigkeiten. Besondere Aufmerksamkeit gilt natürlich auch der Förderung des
friedlichen Miteinanders und des Gemeinschaftslebens durch die Zusammenarbeit zwischen lokalen Behörden sowie nationalen und internationalen nichtstaatlichen Organisationen (*Non-governmental Organizations*, NGOs), die in
diesem Gebiet aktiv sind.

Obwohl die OSZE nicht die Lösung von Einzelproblemen betreibt, ist mitunter die Intervention von seiten der Organisation notwendig. Ein Beispiel hierfür ist die oftmals verfahrene Wohnraumsituation oder die zögerliche finanzielle und soziale Unterstützung von Rückkehrern. Eine schriftliche oder mündliche Intervention der Organisation kann dabei helfen, Bewegung in die Abwicklung bestimmter bürokratischer Abläufe zu bringen und sogar Probleme konkret zu lösen, so daß Flüchtlinge oder Vertriebene tatsächlich in ihre Häuser zurückkehren können oder Sozialhilfe erhalten. Auch macht die Organisation in ihren Interventionen auf strukturelle Probleme in der Region aufmerksam, wie z.B. den Mangel an klaren Richtlinien für Eigentumsfragen. In jedem Fall stößt die Mission jedoch auch hier an Grenzen, da diese Interventionen ebenfalls auf ein partnerschaftliches und kooperatives Miteinander ausgerichtet sind und die Respektierung der Souveränität Kroatiens gewährleistet sein muß. Sollte es sich aber in der Tat um Verstöße gegen von Kroatien akzeptierte Weisungen und Abkommen handeln, ist es die Aufgabe der Mission, diese Versäumnisse gegenüber den Behörden mit Nachdruck anzusprechen.

Weiterhin nimmt man als Beobachter regelmäßig an Seminaren und Workshops teil, die sich mit im Rahmen des OSZE-Mandats relevanten Themen wie Rückkehrprozeß, Vertrauensbildung und Normalisierung beschäftigen, und knüpft somit auch für die Arbeit wertvolle Kontakte. Darüber hinaus beobachten die OSZE-Beobachter Gerichtsprozesse, überwachen die Umsetzung von Rechtsstaatlichkeit und bieten Rechtsberatung für Rückkehrer und Flüchtlinge. In diesen Arbeitsbereich fällt auch die Beobachtung der Entwicklung der Medienlandschaft. Im Laufe des vergangenen Jahres wurde verstärkt das Thema Demokratisierung, insbesondere im Hinblick auf Wahlen, in enger Zusammenarbeit mit NGOs zur Belebung einer bürgerlichen Gesellschaft und zur politischen Unterstützung für kroatische Bürgerrechts- und Menschenrechtsorganisationen erörtert. Schwerpunkt der Arbeit ist jedoch die Überwachung des schleppenden Verlaufes des Rückkehrprozesses.

Die Weitergabe und Verwertung von Informationen

Die Mission verfaßt einen wöchentlichen Bericht und schickt diesen an die OSZE nach Wien. Der Bericht informiert alle 55 Teilnehmerstaaten der OSZE über die Lage in den Ländern, in denen Vertretungen bestehen, spiegelt aber die Arbeit der Beobachter nur ansatzweise wider. Die Beobachter sammeln zunächst möglichst konkrete Informationen über die Lage vor Ort und geben diese an die Koordinierungszentren weiter. Dort werden dann die Beobachtungen analysiert. Diese Analysen der Situation und der Vorkommnisse in den Einsatzgebieten wiederum werden dann an das Hauptquartier in Zagreb übermittelt. Während die Berichte der Beobachter dazu dienen, den Mitarbeitern im Hauptquartier einen genauen Überblick über die jeweilige Situation vor Ort zu vermitteln, muß in Zagreb die Entscheidung fallen, wie man diese Information auf politischer Ebene weiterverwertet, um bestimmte Probleme und Versäumnisse anzusprechen. Der Wochenbericht der Mission nach Wien enthält somit eine politische Nachricht, indem er Versäumnisse, aber auch Fortschritte in der Arbeit der kroatischen Regierung aufzeigt. Das gleiche gilt für den "Fortschrittsreport" (progress report), der alle vier Monate von der Mission als Bestandsaufnahme erfüllter Verpflichtungen seitens der kroatischen Regierung erstellt wird.⁷

Für den Beobachter vor Ort ist die unterschiedliche Art des Umgangs mit den Informationen oftmals eine Belastung, denn die Lösung der Probleme wird in der Regel erst durch den langfristigen politischen Dialog und aufgrund des Appells an kroatische Eigeninteressen durch die kroatischen Regierung in die Wege geleitet, während die Probleme selbst nach schneller

Die Fortschrittsreporte der OSZE-Mission in Kroatien sind bisher viermal zwischen Mai 1998 und Mai 1999 erschienen: OSCE Mission to Croatia, Progress Report No. 1, 20. Mai 1998; No. 2, 8. September 1998; No. 3, 26. Januar 1999; No. 4, 18. Mai 1999.

und unbürokratischer Hilfe verlangen. Wenn Menschen nicht in ihre Häuser zurückkehren können, da diese besetzt sind, wenn sie keine sozialen Leistungen oder andere Formen der Unterstützung erhalten, erfahren sie Not konkret und direkt und wenden sich dann in der Hoffnung auf rasche Hilfe an die OSZE-Beobachter. Diese können aber in den wenigsten Fällen von Einzelschicksalen helfen, da dieses nicht der Aufgabenstellung des Beobachtens und Beratens entspricht und die Möglichkeiten zur Veränderung einer Situation zunächst bei den Behörden liegen. Zwar intervenieren Beobachter in manchen Fällen in schriftlicher und mündlicher Form, aber sie lösen keine Einzelfälle.

Die OSZE-Beobachter sind keine Sozialarbeiter und leisten auch keine humanitäre Hilfe. Das Mandat der OSZE-Mission in Kroatien sieht vor, daß die Beobachter einen Beitrag zur Stabilisierung und Demokratisierung im Lande leisten, indem sie auf Probleme aufmerksam machen, die im Zusammenhang mir der Rückkehr von Flüchtlingen und Vertriebenen, der Wahrung von Menschenrechten, Normalisierung und Reintegration auftreten. Es ist daher für einen Beobachter manchmal schwer, die Balance zu halten - auf der einen Seite praktische Hilfe leisten zu wollen, sich auf der anderen Seite aber tatsächlich auf das Beobachten, Berichten und Beraten zu beschränken. Es ist ebenfalls schwierig, dabei nicht zu resignieren, denn die vielen Einzelschicksale berühren und tragen zu einem Bild von Kroatien bei, das keineswegs mit dem eines modernen demokratischen Staates in Einklang zu bringen ist. Es läßt sich beispielsweise kaum vertreten, daß Rückkehrerfamilien auch nach einem positiven Bescheid eines Gerichts auf Anerkennung ihres Eigentums nicht die Möglichkeit haben, in ihre Häuser und Wohnungen zurückzukehren, oder daß Vertriebene aus Kroatien, die sich in Drittländern aufhalten, nicht zur Wahl zugelassen werden. Die Hoffnung, zumindest einen kleinen Beitrag zur Verbesserung der demokratischen Landschaft und der Lebensbedingungen in diesem Lande leisten zu können, ist die Motivation des OSZE-Beobachters. Aber diese Motivation läßt sich nicht immer leicht aufrechterhalten angesichts der vielen Probleme in diesem Land und der oftmals einseitigen, vorurteilsbelasteten Einstellung der Bevölkerung. Diese Probleme sind in Westslawonien deutlich sichtbar und exemplarisch für ganz Kroatien.

Der Rückkehrprozeß

Viele Rückkehrer beschreiten den offiziellen Weg der "organisierten" Rückkehr, die von den lokalen Behörden in Zusammenarbeit mit dem Hohen Kommissar für Flüchtlingsfragen der Vereinten Nationen (UNHCR) übernommen wird. Das Warten auf die Bestätigung, daß eine Rückkehr möglich ist, kann lange dauern, und viele Menschen umgehen diesen Prozeß, weil es persönliche und wirtschaftliche Gründe gibt, die eine schnelle Rückkehr

zwingend erscheinen lassen. Diese "spontane" Rückkehr birgt weitreichende Probleme. Selbst wenn die Rückkehr von staatlicher Seite organisiert wird, fehlen oft die wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedingungen vor Ort, die ein dauerhaftes und menschenwürdiges Verbleiben in der Region ermöglichen. Schwierigkeiten entstehen beispielsweise im Zusammenhang mit dem Erlangen notwendiger Papiere, von Rechtsschutz, Krankenschutz oder sozialen Leistungen. Meist gibt es auch weder Elektrizität noch fließendes Wasser, die Arbeitsmöglichkeiten sind beschränkt, und das Land ist größtenteils noch vermint. Erschwerend kommt bei "spontanen" Rückkehrern das Problem des Erhalts gültiger Papiere und des Zugangs zu ihrem Besitz und einer Unterkunft hinzu.

Diskriminierung findet in vielen Bereichen statt, vor allem im rechtlichen, durch eine diskriminierende Gesetzgebung und deren Anwendung auf bestimmte Bevölkerungsgruppen, oder im sozialen Bereich, durch die ungleichmäßige Verteilung von sozialen Leistungen, aber auch im politischen Bereich, insbesondere im Hinblick auf Wahlrecht und Meinungsfreiheit.

Als Beobachter erfährt man viel über das Schicksal der Menschen, die nach Jahren der Abwesenheit aus anderen Teilen Kroatiens oder aus Drittländern zurückkehren. Aber erst mit der Zeit gewinnt man ein ausgewogenes Bild von seinem Einsatzort, entwickelt Kontakte und weiß, wer verläßliche Informationen vermittelt und wer der Wahrheit weniger verpflichtet ist.

Wirtschaftliche Probleme und die Folgen des Krieges

In Westslawonien gab es vor dem Krieg eine florierende Industrie (Textil, Möbel, Chemie) und einen beachtlichen landwirtschaftlichen Zweig sowie Fischerei und Weinbau. Beinahe jeder Bürgermeister dieser Region beschreibt voller Stolz, daß Westslawonien touristisch einmal sehr reizvoll war, da es über ein weites Jagdgebiet und zahlreiche Thermalbäder verfügte. Während des Krieges führte die Konfrontationslinie durch dieses Gebiet, was nicht allein verheerende wirtschaftliche und politische Folgen hatte, sondern auch psychologisch tiefe Wunden hinterließ. Diese Situation schafft wenig Raum für Versöhnung und ein friedliches Miteinander.

Die Situation der Flüchtlinge und Vertriebenen

Die Rückkehr von Flüchtlingen sowie der Zuzug und das Verbleiben von Vertriebenen werden im allgemeinen weder von der kroatischen Regierung noch von der Bevölkerung begrüßt oder unterstützt. Kroatien hat als junger, eigenständiger Staat viele Probleme, und das Flüchtlingsthema ist nur eines von vielen. Die Arbeitslosigkeit, die mancherorts bei über 80 Prozent liegt,

die hohen Lebenshaltungskosten, die Perspektivlosigkeit, die sich allgemein verschlechternde wirtschaftliche Lage und die Korruption sind Themen, die die Menschen in Kroatien mindestens ebenso beschäftigen. Die dadurch hervorgerufene Atmosphäre schafft nicht eben die Bedingungen für einen offenen Umgang mit und eine positive Einstellung gegenüber Minderheiten. Im Jahre 1991 lebten ca. 55.000 Menschen in dieser Region, davon waren rund 70 Prozent Kroaten, 20 Prozent Serben und zehn Prozent andere Minderheiten (in erster Linie Tschechen, Ungarn und Italiener). Verläßliche Zahlen über die heutige Zusammensetzung der Bevölkerung gibt es nicht. Es ist jedoch offensichtlich, daß die hoffnungslose wirtschaftliche Lage und schwierigen sozialen und politischen Gegebenheiten Lebensgrundlagen in dieser Region weitgehend zerstört haben und eine fundamentale Veränderung der Struktur und Zusammensetzung der Bevölkerung zur Folge hatten.

Rückkehr und Reintegration unter schwierigen Bedingungen

Die wenigen serbischen Familien, die in dieser Gegend verblieben oder in diese Gegend zurückgekommen sind, werden mehr oder weniger offen diskriminiert und lassen sich nur schwer wieder in die Gesellschaft integrieren. Kaum einer Familie gelingt es, ihre Ansprüche auf Besitz erfolgreich geltend zu machen. Eine feindliche Atmosphäre empfängt die Rückkehrer. Oftmals spielt auch Neid eine Rolle, da in der Bevölkerung die Meinung herrscht, die internationale Gemeinschaft - und dabei insbesondere die OSZE - interessiere sich nur für das Schicksal der Serben. Mit Ausnahme einiger weniger Initiativen, wie z.B. die der Europäischen Gemeinschaft, gibt es von staatlicher Seite so gut wie keine Aufbauprojekte für Häuser von Serben. Vielfach bleibt ihnen der Zugang zu staatlicher Hilfe verwehrt, ohne wirklichen Rechtsschutz gibt es bei willkürlichen Enteignungen kaum Hoffnung auf Gerechtigkeit, und bei der Vergabe von Arbeitsplätzen haben die serbischen Rückkehrer oft die geringsten Chancen gegenüber anderen Bewerbern.

Ähnliches gilt aber auch für die Situation der Flüchtlinge aus Bosnien, die zwar nun in der Mehrzahl als kroatische Bürger eher anerkannte Rechte haben als die Serben, sich aber trotzdem als Bürger zweiter Klasse fühlen. Auch ihre Integration in die kroatische Gesellschaft verläuft wenig harmonisch, und in manchen Dörfern Westslawoniens ist die Lage so angespannt, daß die Bürgermeister mehr oder weniger offen zugeben, daß sie lieber Serben zurück hätten, als Flüchtlinge und Vertriebene aus Bosnien oder sogar aus dem Kosovo. Solche Bemerkungen sind angesichts der allgemein negativen Einstellung gegenüber den Serben in der Tat bemerkenswert und spiegeln die Stimmung in dieser Region deutlich wider.

Nachbarstaaten und die Verknüpfung mit der Situation in Kroatien

Die Probleme in Westslawonien sind nicht von den Problemen in Bosnien und Herzegowina zu trennen. Die wenigsten bosnischen Flüchtlinge werden wohl in ihre Heimat zurückkehren. Das hat in erster Linie mit der schwierigen wirtschaftlichen Lage, aber auch mit den politischen Gegebenheiten in Bosnien zu tun. Viele dieser bosnischen Flüchtlinge leben heute in Häusern, die von der serbischen Bevölkerung während des Krieges verlassen wurden. Kehren die Serben nun aus Drittländern (wie z.B. Deutschland oder der Republik Jugoslawien) oder aus anderen Teilen Kroatiens zurück, müssen sie oftmals den administrativen und/oder juristischen Weg beschreiten, um an ihr Eigentum zu gelangen und in ihre Häuser zurückkehren zu können. Aber selbst wenn es einen positiven Bescheid auf Anerkennung des Eigentums gibt, ist eine Lösung des Problems keine Selbstverständlichkeit und eher die Ausnahme als die Regel, denn für die Rückkehrer, Flüchtlinge oder Vertriebene, gibt es nur in wenigen Fällen eine Alternativunterkunft. Zwar gibt es in den Gemeinden Häuserkommissionen, die sich mit der Lösung dieser Probleme auseinandersetzen sollen, aber diese verfolgen ihre Arbeit vielerorts nur sehr zögerlich. Als Beobachter sieht man die begrenzten Möglichkeiten vor Ort deutlich, doch man fragt sich, ob das mangelnde Engagement der Kommissionen praktische Ursachen hat oder aus einem Mangel an politischem Willen resultiert. Allerdings lassen sich solche strukturellen Probleme selten auf lokaler Ebene lösen, da die Gemeinden in ihrer Arbeit und bei Entscheidungen an Weisungen der kroatischen Regierung gebunden sind. Auf offizieller Seite besteht jedoch kein sichtbarer Wille, Bewegung in den Rückkehrprozeß zu bringen, was sich dann natürlich auch in der Arbeit der Gemeinden widerspiegelt. Der Versuch der OSZE-Mission in Kroatien, durch Zusammenarbeit mit der

Der Versuch der OSZE-Mission in Kroatien, durch Zusammenarbeit mit der Mission in Bosnien und Herzegowina sowie mit anderen internationalen Organisationen, Bewegung in diese verfahrene Situation zu bringen, scheint erste Erfolge zu zeitigen. So ist z.B. die Anzahl der Bosnier, die zumindest ihre Eigentumsangelegenheiten in ihrer Heimat in Ordnung bringen oder sich über den Zustand ihrer Häuser informieren wollen, angestiegen.

Politische Kultur und Veränderung vor Ort

Die politische Situation ist auf Grund der herrschendes Führungsstrukturen und der Dominanz der Kroatischen Demokratischen Partei (*Hrvatska Demokratska Zajednica*, HDZ) sehr eingefahren, so daß Veränderungen vor Ort nur sehr langsam und zögerlich bewirkt werden können. Durch den Dialog der Beobachter mit lokalen Behörden und Organisationen sowie mit den

Menschen vor Ort versucht die OSZE, den Schutz der Minderheiten zu stärken und ein politisches Umdenken zu erreichen. Dieses gelingt auch in kleinen Schritten, erweist sich allerdings als ein sehr mühsamer und äußerst langwieriger Prozeß. Erfolge zeigen sich beispielsweise, wenn sich nach echter Überzeugungsarbeit der OSZE manch ein Bürgermeister, der sich zunächst dem Rückkehrerproblem gegenüber sehr ablehnend gezeigt und auch keinerlei Initiativen zur Förderung einer konstruktiven Atmosphäre in der entwickelt hatte, tatsächlich bemüht, Lösungen Wohnungsprobleme und andere Konfliktherde zu finden, die die Atmosphäre in der Region belasten. Dieses Bemühen setzt in der Regel dann ein, wenn sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß im langfristigen Interesse einer Region durch Kooperation und Partnerschaft mit der OSZE und anderen internationalen Partnern mehr zu erreichen ist als durch das Verharren in der Vergangenheit und Festhalten an ungerechter Behandlung und Übervorteilung. Ein anschauliches Beispiel dafür ist der Ort Dragalič in Westslawonien, der sich die Finanzierung des Wiederaufbaus bestimmter Einrichtungen und der Minenräumung durch internationale Geberorganisationen sichern konnte. Dragalič gilt als "Rückkehrergebiet". obwohl es sogar neben dem Schulweg und vor dem Rathaus sichtbar Minen gibt und auch die allgemeine wirtschaftliche Lage sehr angespannt ist. In Zusammenarbeit mit den lokalen Behörden und einem Feldbüro der OSZE-Mission wurde jedoch ein Plan ausgearbeitet, wie die Lebensbedingungen in Gemeinde verbessert werden können und dieser Finanzierungsmöglichkeiten es gibt. Dieser Plan war die Basis für die Kontakte zu Geberorganisationen und trug maßgeblich dazu bei, daß die Vorschläge positiv beschieden wurden.

Das Problem eines zentralistisch ausgerichteten Staats, in dem erst auf Weisung der Hauptstadt gehandelt werden kann und somit Eigeninitiativen auf breitem Raum eher gehemmt als gefördert werden, bleibt jedoch bestehen, und die Erfolge auf lokaler Basis sind nur kleine Schritte auf dem Weg zur Normalisierung. Zudem lasten die Folgen des Krieges auf den Menschen hier, und es gibt auf offizieller Seite so gut wie keine Initiativen, einen Dialog zur Annäherung und Aussöhnung der verschiedenen Volksgruppen zu führen. Gerade das Gegenteil ist der Fall: Das Flüchtlingsproblem wird häufig als politisches Mittel mißbraucht, um Bilder von Aggression und Vertreibung heraufzubeschwören.

Leitfiguren und Herausforderungen an die Gesellschaft

Politiker, vor allem diejenigen in den vom Krieg schwer getroffenen Städten wie z.B. Pakrac, zeigen nur in Ausnahmefällen den Willen, die Situation zu ändern. Sie bedienen sich vielmehr oftmals noch einer aufrührerischen nationalistischen Kriegsrhetorik. Leitfiguren der Gesellschaft tragen nur

wenig engagiert zu einer Veränderung dieser Situation bei. Der Bischof von Požega, der Hauptstadt des Landes Požeško-Slavonska in Westslawonien, Antun Skvorčević, ist sicherlich eine Ausnahme, wenn er sich für die Aussöhnung der verschiedenen Gesellschaftsgruppen ausspricht und die Wichtigkeit einer multinationalen Identität Kroatiens hervorhebt und somit die Kirche als vermittelndes Element in diesen Prozeß der Normalisierung einbringt. Doch um eine bürgerliche Gesellschaft aufzubauen, brauchen die Menschen in Kroatien neben aktiver praktischer Hilfe vor allem Zeit, um die Erinnerung an den Krieg zu verarbeiten und damit zu leben.

Internationales Engagement

Westslawonien macht nur einen kleinen Teil Kroatiens aus, doch die Probleme des schwierigen Prozesses der Reintegration, der Annäherung, des Umgangs mit der Vergangenheit und der langwierigen Normalisierung, sind exemplarisch für Kroatien in seiner Gesamtheit. Die zahlreichen Schwierigkeiten bereiten wiederum genügend Nährboden für Spannungen und Konflikte, die in ihren Auswirkungen nicht unterschätzt werden sollten. Sinn und Wirkung der OSZE-Mission und die Präsenz der Beobachter sind an strategische Geduld und Langzeitprozesse im Land selbst gebunden, an einen politischen Generations-, Gesinnungs- und Einstellungswandel.

Die OSZE-Mission in Kroatien verkörpert in ihrer Funktion das internationale Engagement für Kroatien. Ein demokratisches, modernes Kroatien hat regionalen Sicherheitsund Stabilitätsstruktur Schlüsselfunktion. Aufgabe der Mission und der Beobachter ist es, durch eine Politik der kleinen Schritte politische Überzeugungsarbeit zu leisten und dabei an langfristige kroatische Eigeninteressen zu appellieren, die im Sinne einer Annäherung an europäische Normen und als Weiterentwicklung eines Normalisierungs- und Demokratisierungsprozesses zu verstehen sind. Kroatien befindet sich in einer äußerst schwierigen und belasteten Übergangsphase seiner historischen Entwicklung und steht vor der Entscheidung, sich Europa anzunähern oder an der Schwelle zu Europa stehenzubleiben. Die Folgen des jüngsten Balkankrieges und Kroatiens aktiver Rolle in diesem Konflikt sind ständige Begleiter der politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Entwicklung dieses Landes. Kroatien kämpft gerade im Jahre 1999 infolge des Kosovokonflikts gegen das Stigma an, weiterhin als Krisenregion gesehen zu werden, durch das es Gefahr läuft, den Anschluß an Europa zu verpassen und in die politische und wirtschaftliche Isolation zu geraten.

Welchen Weg Kroatien mit der Hilfe der internationalen Gemeinschaft auch immer beschreiten wird, bleibt trotz des Engagements in dieser Region eine offene Frage.